Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Man nehme einmal die marxistischen Positionen in dieser Hinsicht unter die Lupe, und man wird bei allen die gleiche Unzulänglichkeit finden. Mit schönen Redensarten von Förderung der Wohlfahrt und Kultur der Menschen auf Grund streng wissenschaftlich erwiesener Tatsachen ist es nicht getan. Es spielen im menschlichen Gemeinschaftsleben Faktoren eine Rolle, die wir mit unserem Verstande nicht erklügeln können. Sie fußen in den irrationalen Tiefen unserer persönlichen Existenz und offenbaren sich erst nach langer und gründlicher Arbeit an uns selber.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Richtlinien und Landesverteidigung. / Hausamann stößt vor. / Herr Alphand auf Reisen.

Die Richtlinienbewegung hat bei ihrem Streben nach Erreichung unmittelbarer machtpolitischer Ziele vorerst einen deutlichen Mißerfolg erlitten. Die Instanz, auf die es in letzter Linie noch ankam, nämlich der Zentralvorstand der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, hat mit überwältigendem Mehr den Beitritt zu den Richtlinien abgelehnt. Damit wären diese vorläufig von der politischen Tagesordnung abgesetzt.

Leider stellt sich aber bereits jetzt die Tatsache heraus, daß es sich bei dieser Verabschiedung nach dem Willen sehr maßgebender Leute nur um eine vorläufige Maßnahme handeln soll. Man hat eben in gewissen Kreisen, und vornehmlich in den Kreisen der freisinnig-demokratischen Partei, mutig die Fahne der Ablehnung aufgepflanzt, aber hinter ihrem großen Tuch sammeln sich bereits wieder die Heinzelmännchen und schüren das Feuer, auf dem sie letzten Endes doch noch ihr Parteisüppchen zu kochen gedenken. Es ist also, wie gewohnt, noch nicht aller Tage Abend.

Man hat nämlich herausgefunden, daß die Richtlinien an sich gar nicht so übel wären und daß eine Zusammenarbeit mit den auf sie verpflichteten Gruppen schließlich doch einmal kommen müsse. Und aus dieser Einstellung heraus hat man weiter herausgefunden, daß es eigentlich nur der Ingreß zum Richtlinienprogramm sei, der die Beteiligung bürgerlicher Kreise ausschließe. Am Programm selbst war also eigentlich gar nichts auszusetzen. Nun stellt sich dieser Ingreß allerdings als eine recht bittere Pille für freisinnige Seelen dar. Denn es steht darin nicht mehr und nicht weniger, als daß die Ursache der bestehenden Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur auf die verfehlte Politik des Bundesrates zurückzuführen sei. Dies zu unterschreiben, mußte sogar einem Freisinnigen schwer fallen, denn schließlich bestätigt niemand gerne durch seine Unterschrift sein eigenes Unvermögen. Doch trotz diesem für die bürgerlichen Koalitionsparteien äußerst unangenehmen Einleitungssatz ist, wie man durch eine Indiskretion der sozialdemokratischen Presse erfahren konnte, ein Antrag auf Überweisung der Richtlinien an einen freisinnigen Parteitag nur mit 19 zu 19 Stimmen und zwar mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt worden! Daß eine solche Situation trotz der Fassung der Einleitung zum Richtlinienprogramm und trotz dessen für die Zukunft äußerst verfänglichen Inhaltes eintreten konnte, ist immerhin äußerst bezeichnend. Man konnte also auf die weitere Entwicklung gespannt sein.

Diese hat sich denn auch bereits mit aller Deutlichkeit abgezeichnet. Am letzten Sonntag hielt im Schoße der bernischen freisinnigen Partei Minister und Nationalrat Dr. Stucki eine Rede, die eigentlich nichts anderes als ein Bekenntnis zum Richtlinienprogramm bedeutete. Er bezog sich darin ebenfalls ausdrücklich auf die Einleitung, die den Beitritt zu den Richtlinien unmöglich gemacht habe, redete aber anschließend einer Zusammenarbeit mit den gegenüber der Landesverteidigung positiv eingestellten Linksgruppen das Wort, indem er hervorhob, daß der so bewiesene Patriotismus dieser Kreise respektiert werden müsse. Immerhin lehnte er die Errichtung einer Volksfront nach französischem Muster durchaus ab, was nun allerdings angesichts der jüngsten kommunistischen Ausschreitungen und der Reihe kommender Kommunistenverbote nicht gerade verwunderlich ist. Ob er sich dabei eine Zusammenarbeit der bisherigen bürgerlichen Koalition mit den betreffenden Linksgruppen vorstellte, oder eine Koalition unter Ausschluß der Katholisch-Konservativen, war nicht genau ersichtlich — bei der Einstellung der katholischen Gruppe aber muß man von vornherein auf ein Ausbrechen dieser Gruppe angesichts eines solchen Projektes schließen. Herrn Minister Stucki aber wäre das wahrscheinlich ganz angenehm.

Wer gerecht ist oder sich wenigstens bemüht, den Spuren der Gerechtigkeit nachzugehen, der wird gewiß ab und zu geneigt sein, ein starres Dogma im Interesse vaterländischen Strebens anderer und im Sinne weitgesteckter Ziele zu opfern. Und so steht es denn auch durchaus nirgends geschrieben, daß ein Sozialdemokrat auf alle Zeiten hinaus regierungsunfähig sein soll. Schließlich kommt es wirklich weniger auf den dogmatischen Mantel an, den man in dieser doktrinären Welt sich umzuhängen gewissermaßen verpflichtet ist, als auf eine freimütige und selbständige Einstellung zu den Problemen des Tages. Urteilt man aber so, so läßt sich gerechterweise eine gewisse Wandlung in sozialdemokratischen Kreisen keineswegs verkennen. Nur kann es eben damit allein noch keineswegs getan sein und es wäre wohl äußerst kurzsichtig gerade von den freisinnigen Gruppen, wenn sie einer immerhin noch sehr unsicheren Sache die bewährte Mitarbeit der katholischen Gruppe opfern wollten, nachdem es sich herausstellt, daß eben auch in diesem Fall der Fünfer und das Weggli nicht zu haben sind. Sieht man nun ab von gewissen Kreisen innerhalb der freisinnigen Partei, die direkt darauf hinzielen, die katholische Gruppe auszuscheiden, um ungehemmte Linkspolitik treiben zu können, — der „demokratische" Flügel — so ergibt sich logischerweise für die Mehrheit der freisinnigen Gruppe doch kein anderer Schluß, als auf die Zusammenarbeit mit den Linksgruppen zu verzichten, weil viel zu hohe Interessen auf dem Spiele stehen, Interessen, die einer momentanen Koalitionsaussicht unter keinen Umständen geopfert werden dürfen. Es sind die Interessen der Landesverteidigung.

Gewiß hat in diesem Punkt die sozialdemokratische Partei eine bedeutsame Wandlung durchgemacht und wir wollen heute gar nicht mehr unbedingt darauf abstellen, welches in letzter Linie der innere Grund dieser Wandlung gewesen ist, ob man also einfach dem antifascistischen Kind ein anderes Mäntelchen hat umlegen wollen. Bei gewissen Kreisen war dieses Motiv bestimmt ausschlaggebend, bei andern wahrscheinlich nicht. Was aber entscheidend ist, ist dieses: Das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung ist erst nach schweren Kämpfen und in einer sehr verklausulierten Form zustande gekommen. Es war bestimmt kein freudiges Bekenntnis, und wenn es auch gewiß nicht für alle im Grunde den Charakter eines bloßen taktischen Schachzuges angenommen hatte, so fehlte andererseits durchaus die Begeisterung für die Sache. Nun wird uns wohl jedermann zugeben, daß es äußerst schwer ist, mit solchen Leuten aktive Landesverteidigungspolitik zu treiben. Eine solche Politik aber drängt sich heute mehr denn je auf.

* * *

Die gesamten Kosten der Mobilisation von 1914 bis 1918 mit Einschluß aller Rüstungsspesen betrugen ungefähr eine Milliarde Franken. Zweiunddreißig Milliarden gedenkt England in den nächsten fünf Jahren für seine Rüstung aufzuwenden, doch schon heute hört man, daß dieser Betrag voraussichtlich noch überschritten werden müsse, und dabei sind die Rüstungsanstrengungen der Dominions keineswegs mit eingerechnet. Dieser in seinem Ausmaße immerhin überraschende Beschluß Englands beleuchtet die politische Lage Europas besser, als irgend etwas anderes es tun könnte. England hat lange gezögert, bis es seine Rüstung ernstlich auszubauen begann und nicht allein seine schwächliche Rolle im abessinischen Konflikt erklärt die heutige Anstrengung. Daß diese Anstrengung aber so überraschend groß ist, das zeigt doch wohl, daß England zur Überzeugung gekommen ist, daß eine wirkliche Befriedung Europas in absehbarer Zeit angesichts der bestehenden Gegensätze ausgeschlossen sei. England bereitet sich also darauf vor, gelegentlich zu seinem eigenen Schutz oder zur Erhaltung der sogenannten europäischen Stabilität mit den Waffen einzugreifen.

Heute ist sich wohl jedermann darüber im klaren, daß ein kommender europäischer Konflikt die Lage der Schweiz aufs Äußerste gefährden müßte. Die Festungsgürtel, welche die Hauptmächte an ihren Grenzen gezogen haben oder zu ziehen im Begriffe sind, lassen einen Versuch des Durchmarsches durch schweizerisches Gebiet nur dann wenig aussichtsvoll erscheinen, wenn das schweizerische Heer wirklich in jeder Beziehung, und gemessen an den neusten technischen Anforderungen, auf der Höhe ist. Wir vernehmen nun von sehr kompetenter Seite, daß dies nicht der Fall ist, warum dies nicht der Fall ist, und daß die Notwendigkeit besteht, die Ausbildungszeit unserer Rekruten erneut zu verlängern.

In diesen Tagen versendet der verdienstvolle Hauptmann Hausamann in Teufen eine kleine Broschüre: „Ist unser Heer heute kriegsgenügend und seiner Aufgabe gewachsen?" Wir erkennen daraus einen sehr trüben Stand unserer Rüstung. Hausamann weist die Mängel im einzelnen nach, mit zwingender Begründung. Er fordert aus der Erkenntnis der gegebenen Notwendigkeiten die Verlängerung der Rekrutenschule auf ein Jahr, wovon sechs Monate dem eigentlichen Kasernendienst vorbehalten sein sollen, während der Rest zur felddienstlichen Ausbildung in einem Übungslager zu verbringen wäre, das, in der Nähe der Grenze gelegen, gleichzeitig die Funktion des Grenzschutzes zu übernehmen hätte.

Wir wollen es uns versagen, auf die in der Broschüre aufgestellten Postulate im einzelnen einzugehen. Die Ausführungen sind übrigens in einem großen Teil der Tagespresse abgedruckt worden. Außerdem ist der Verfasser, als einer der besten Kenner unseres Wehrwesens, dafür bekannt, daß er Forderungen stichhaltig zu begründen versteht und nichts verlangt, was über den Rahmen des unbedingt Notwendigen hinausginge. Endlich weiß man, daß der Verfasser in guten Beziehungen zum Generalstab steht.

In ganz kurzen Strichen gezeichnet baut sich die Broschüre auf aus der Feststellung, daß ein wirkliches Kriegsgenügen unserer Truppe heute vor allem deswegen nicht vorhanden sei, weil der einzelne Mann in der Handhabung der zahlreichen neuen Infanteriewaffen noch keine Übung besitze und diese bei der heutigen Ausbildungszeit auch nicht erwerben könne. Es sei aber unmöglich, eine kriegsgenügende Armee auf ausgebildeten Spezialisten aufzubauen, weil diese im Laufe des Gefechtes in diesem Falle eben nicht ersetzt werden könnten. Außerdem fehle es an der Fähigkeit, die modernen Waffen taktisch richtig einzusetzen und das Gelände richtig auszunützen. Auch für den Gebirgskrieg fehle es an der erforderlichen Ausbildung. Die Aufstellung des Grenzschutzes aus einer Söldnertruppe sei abzulehnen. Dies vertrage sich nicht mit unserer Auffassung des Volksheeres. Andererseits müsse angesichts des zu erwartenden überfallartigen Angriffs der Grenzschutz ständig auf einer gewissen Höhe gehalten werden. Durch die Verlängerung der

Ausbildungszeit auf ein Jahr und die Verlegung von je sechs Monaten in Übungslager an die Grenze ergebe sich bei geschickter Verteilung der Ausbildungszeiten der dauernde Bestand einer Grenzschutztruppe von 15 bis 25000 Mann, ohne daß dadurch irgendwie der Milizcharakter unserer Armee aufgegeben würde. Außerdem ergebe sich aus diesem System eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die jährlichen Kosten der verlängerten Ausbildung würden sich bei Einsetzung aller Faktoren auf rund 15 Millionen Franken belaufen.

Die Vorschläge des erfahrenen und mutigen Armeefreundes werden gerade infolge seiner bekannten Beziehungen zum Generalstab nicht verfehlen, ein bedeutendes Echo zu wecken. Man wird abzuwarten haben, wie von militärisch-amtlicher Seite darauf geantwortet werden wird. Die Hauptsache ist, daß dieses Problem aufgeworfen worden ist. Es wird dafür gesorgt werden, daß das Rollen des Steines nicht unterbrochen wird.

* * *

Angesichts des gefährlichen Rüstungsstandes Europas wird man nun mehr und mehr dazu kommen müssen, die innerpolitischen Probleme vom Gesichtspunkt der Interessen der Landesverteidigung zu betrachten. Aus dieser Erwägung aber muß uns heute der Versuch, die Koalitionsverhältnisse durch Abtrennen von rechts und Anschluß nach links zu ändern, doppelt gefährlich erscheinen. Möglich immerhin, daß die Entwicklung noch andere Wege geht, als die sich heute aus der Erfahrung abzeichnen. So wie die Lage ist, kann eine Änderung der Koalitionspolitik gerade im Interesse der Landesverteidigung heute nicht in Frage kommen. Es wird sich im Gegenteil darum handeln, den Richtlinienleuten die hintere Türe ebenso zu verschließen, wie man ihnen die vordere verschlossen hat.

* * *

Ein Wort noch zu den Antrittsbesuchen des neuen französischen Botschafters in Bern, Herrn Alphand. Einem alten Brauch folgend, besucht jeweils der französische Botschafter bei der Eidgenossenschaft — übrigens, mit Ausnahme des päpstlichen Nuntius, der einzige seines Ranges — die Regierungen der welschen und einiger benachbarter deutschschweizerischen Kantone. Auch bei dem kürzlichen Botschafterwechsel wurde dieser Brauch weiter geübt. Er weckte aber ein durchaus unsympathisches Echo in der Presse, sodaß Herr Alphand in der Folge auf die Fortsetzung dieser Besuche anscheinend verzichtet hat. Uns scheint, daß solche Reisen vielleicht ein ganz interessantes Requisit aus vergangenen Tagen sein mögen, dagegen in der heutigen ernsten Zeit, da wir um die Wiedererrichtung unserer strikten Neutralität kämpfen, abgestellt werden sollten. In Zeiten, wo das Volk sein Äußerstes zu seiner politischen und geistigen Erhaltung tun muß, ist für liebevolle Spaziergänge im historischen Museum kein Platz, besonders wenn sie noch einen reichlich einseitigen Beigeschmack haben. Es ist zu hoffen, daß das Echo, das dem französischen Besucher insbesondere aus der Provinzpresse entgegenschallte, genügt, um weiteres in dieser Richtung für diesmal und für später abzustellen.

Zürich, den 23. Februar 1937. Jann v. Sprecher.

Zur politischen Lage.

„Pause" in Frankreich. / Eine Ausnahme vom Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates zu Gunsten der evangelischen Kirche? / Russisches Justiztheater. / Ein Ring um Spanien.

Man mag sich auch zum Volksfrontgedanken ablehnend einstellen wie wir, so kommt man doch nicht darum herum, die Regierungskünste Léon Blums einigermaßen zu bestaunen. Schon drei Vierteljahre lang hält sich nun

dieser jüdische und sozialistische Ministerpräsident inmitten einer Welt von politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die er und seine Volksfrontleute selber noch vermehrt haben. Wenn es auch zu Zeiten hieß, daß die Volksfront wanke, so sind doch bald darauf immer wieder Nachrichten von deren Festigung und Festigkeit eingetroffen. Tatsache ist es eben, daß Blum trotz aller überstürzten Sozialmaßnahmen den Bogen noch nie so weit überspannt hat, daß die Radikalen vom Front populaire abspenstig gemacht und die Rechtsoppositionellen Anlaß zu allseitig einleuchtender Kritik erhalten hätten. Immer hat Blum wieder so einzulenken gewußt, daß er seinen Gegnern die politische Angriffsfläche verringern konnte. Nachdem die Volksfrontleute durch die Einführung der Vierzigstundenwoche, der bezahlten Ferien und der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, also durch den „guten Willen" ihrer Regierung einigermaßen zum Schweigen gebracht sind, liegt es in dieser Richtung praktischer Politik, daß Blum nun eine „Pause" für die wirtschaftliche und finanzielle Erholung einschalten und seine Grundsätze allgemein nach seinen Erfahrungen revidieren will. Solche Beweglichkeit kann natürlich der Volksfrontherrschaft nur nützen, sodaß man sich auf eine längere Etablierung des Marxismus am französischen Regierungsruder gefaßt machen muß.

Für eine Anpassung scheint es allerdings höchste Zeit zu sein. Bei der mißlichen Finanzwirtschaft der Volksfront nämlich, die ihr Budget mit 6 Milliarden Frs. Defizit abschließt, periodisch Anleihen, — auch eine solche in England — aufnehmen muß, die veranlaßt hat, daß 100 Milliarden Francs nach der Schweiz, England und andern Staaten geflüchtet wurden, ist derzeit die Frage akut, ob nicht Blum mit seinem Finanzminister Vincent Auriol den Platz räumen müsse. Wenn es ihm nun aber durch die Einschaltung einer „Pause" gelingt, auch nur einigermaßen das Vertrauen seiner Landsleute in Staat und Regierung wieder zu gewinnen, so wird es ganz bestimmt nicht zum Fall kommen. Wo hindurch der rechte Weg geht, hat die Opposition ja mit dankenswerter Deutlichkeit gewiesen: man darf nicht die Finanzlage des Staates durch wirtschaftliche Spekulationen bessern wollen, man muß Taten gegen die Defizite unternehmen, und man muß als Finanzminister in erster Linie auf das Gleichgewicht des Budgets achten. Wenn die Volksfrontregierung diese Winke auch nur einigermaßen befolgt, so wird ihr die Opposition bei der im Ganzen doch marxistischen Einstellung Frankreichs nicht mehr viel anhaben können. Man denke doch daran, daß sich die Regierung in der jüngsten Landesverteidigungsdebatte durch die Stellungnahme des Kriegsministers Daladier wieder bei allen Parteien schöne „Punkte" gemacht hat, indem sie unter Berufung auf Deutschland neue Rüstungen forderte und die Verbindung der Armeen zur Zusammenarbeit als nächstes Ziel bezeichnete. Bei aller marxistischen Grundsätzlichkeit hat sich Blum auch gegenüber dem Elsaß in den letzten Tagen wieder so benommen, daß er auch von dieser Seite her nichts zu befürchten hat. Mit der Begründung, daß wegen des Deutschunterrichtes und wegen des obligatorischen katholischen Religionsunterrichtes die elsässischen Schüler ein Schuljahr mehr als die übrigen Franzosen nötig hätten, wollte Blum dem Elsaß ein neuntes Schuljahr aufzwingen. Ob solcher Benachteiligung erhob sich am Rhein ein großes Getümmel mit Fastenhirtenbriefen, Petitionslisten und Versammlungen, denn die Blum'sche Schulreform zielte allzu durchsichtig auf die Erzwingung der gewöhnlichen, rein französischen und laizistischen Volksschule hin. Auch hier hat es Blum nicht auf das Äußerste ankommen lassen, sondern die Elsässer mit dem Verzicht auf seinen Plan wieder zum Schweigen gebracht.

* * *

Von Deutschland her hat in letzter Zeit nichts mehr überrascht außer der Verkündigung der Freiheit für die evangelische Kirche durch den Reichskanzler. Nicht einmal Hitlers Rede am Reichstag vom 30. Januar hat überrascht, wie dieser ja auch selbst „die Periode der Überraschungen" als beendet hingestellt hat. Was

man von ihm hörte, tönte nach Frieden und Freundschaft. Nachdem aber so viel hin- und hergeredet worden ist, sowohl von Seiten Englands und Frankreichs, wie auch von Seiten Deutschlands und Italiens, darf ein gewöhnlicher Mensch jetzt einmal Verhandlungen erwarten. Es ist ja geradezu erschreckend, mit welchem gepanzerten Troß der Friede heute einhergeht. Kaum hat Deutschland aufgerüstet, so will es von England ins Ungemessene überboten werden, geht doch der dortige Plan auf eine Ausgabe von 1500 Millionen Pfund Sterling für militärische Zwecke, und auch Frankreich trachtet wieder nach neuen Verstärkungen. Schon längst sind wir der Meinung, daß Frankreich auf die Angebote Hitlers hätte eingehen sollen, aber gerade eine direkte Verständigung will Frankreich wegen seiner Verbindungen mit Rußland nicht durchführen. Wer wird da endlich einmal den Vermittler spielen? Jedenfalls wird man Deutschland kaum dazu bringen, den Locarnopakt zu ersetzen, obschon man gerade sagen muß, daß die Unteilbarkeit des Friedens auch eine allseitige Friedensübereinkunft und nicht nur zweiseitige Verständigungen von Staat zu Staat erfordert. Das einzige Gebiet, worauf sich allmählich eine vernünftige Lösung anbahnt, scheint das Kolonialproblem Deutschlands zu sein. England will zwar über die deutsche Kolonialforderung derzeit noch nicht reden, aber auch dort erheben sich wie in Frankreich (Sarraut!) gewichtige Stimmen dafür, daß Deutschland fernerhin nicht mehr vom Kolonialbesitz ausgeschlossen sein soll. Es ist gut so, denn wer heute für die Hingabe von Kolonien an Deutschland eintritt, ist einer der besten Förderer von Frieden und Gerechtigkeit.

Im Innern des Reiches wollen wir die vielen wirtschaftlichen Nöte, die Korrektur der Landesgrenzen, den Ausbau der Auslandsorganisationen der NSDAP, die Konkurrenzstiftung zum Nobelpreis und dergleichen für diesmal übergehen und uns nur den kirchlichen Verhältnissen zuwenden, die sozusagen alle Welt dieser Tage in Atem gehalten haben. In dieser Beziehung stellen wir gleich das wichtigste Ereignis voran. Es ist der Erlaß Hitlers über die Wahl einer evangelischen Generalsynode vom 15. Februar, welcher folgenden Wortlaut hat: „Nachdem es dem Reichskirchenausschuß nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der deutschen evangelischen Kirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung und eine neue Ordnung geben. Ich ermächtige daher den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zwecke die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen." Die hervorragende Bedeutung dieses Erlasses liegt darin, daß der nationalsozialistische Staat hier einmal eine Ausnahme von seinem Totalitätsanspruch macht. Welcher Mensch, welcher Verband, welche Behörde, welche Gemeinde hat sonst dasselbe Recht wie nunmehr die Kirche, nämlich: „in voller Freiheit nach eigener Bestimmung sich selbst die neue Verfassung und eine neue Ordnung zu geben"? Die Ausnahme von dem großen Prinzip der Totalität ist so frappant, daß sie beinahe als unwirklich erscheint. Gerade in den letzten Wochen hatte sich ja der Druck dieses Totalitätsanspruches wieder mit ungeheurer Macht auf die evangelische Kirche gelegt, der man wieder einmal zahlreiche Lebensäußerungen von der Presse bis zur Wortverkündigung unterband, derweilen alle neuheidnischen Bekämpfer von Kirche und Christentum ungestraft das große Wort führen durften. Besonders auf dem Schulgebiete ließ der Staat die Kirche seine Macht und Geistesrichtung spüren, indem er nicht nur die Jugend zwangsmäßig unter den Einfluß eines Baldur von Schirach stellte, sondern auch der Gemeinschaftsschule mit ihrem heidnisch-deutschchristlichen Geiste anvertraut und die theologische Ausbildung auf bekenntnismäßigem Boden durch die Schließung der Theologischen Schule von Elberfeld verunmöglichte. Kurzum: Auf allen Lebensgebieten beansprucht der Staat, beziehungsweise die ihn allein beherrschende einzige Partei die Vorherrschaft und Entscheidung. Wenn er sich dabei auf den Boden des „positiven Christentums" stellt, so ist das bekanntlich nicht theologisch, sondern politisch auf-

zufassen und will höchstens besagen, daß die Partei mit dem Christentum positiv etwas anzufangen wisse. Was sie aber damit anfängt, bleibt ihr anheimgestellt. Der Staat kann das Christentum annehmen, er kann es aber auch bis zur Unkenntlichkeit umdeuten oder verwerfen. Was nun in den letzten Jahren von Partei- und Staatsseite her propagiert wurde, läuft unbedingt auf die Bildung einer nationalsozialistischen Staatsgesinnung hinaus, die alle Volksgenossen ergreifen und geistig uniformieren soll. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sowohl in Staat wie in Partei diejenigen Kräfte am Ruder sind, welche mit dem Christentum nichts oder nicht viel anzufangen wissen und sich nun mit der Ausbreitung eines neuen Glaubens „an Führer, Staat und Volk" abgeben. Je verbissener nun diese Leute gegen das „artfremde" Christentum vorgehen, je mehr sie die Jugend an sich ziehen, je mehr sie die Presse beherrschen und je mehr Hindernisse sie den Kirchen in den Weg legen, desto auffälliger stellt sich der neueste Erlaß Hitlers dar, welcher nun auf einmal die Freiheit der Kirche von staatlichen Bindungen und Einflüssen proklamiert.

Der Staat, welcher sonst alles und jedes im Volksleben ordnet und für sich in Anspruch nimmt, hat also eingesehen, daß es für ihn auf kirchlichem Gebiete nichts mehr zu suchen gibt. Seine Kirchenausschüsse werden daher verschwinden, nachdem ihnen eine rechte Ordnung des kirchlichen Lebens nicht gelungen ist. Es gibt somit fortan wenigstens e i n Gebiet, wo der Totalitätsanspruch des Staates nicht hinreicht. Man wird sich allerdings davor hüten müssen, diesen Einbruch in das nationalsozialistische System allzu bedeutend aufzufassen. Der Totalitätsanspruch ist nämlich nicht aufgegeben, sondern es gibt von jetzt an nur eine Sphäre, wo er sich für solange nicht auswirken kann, als in dieser Sphäre wirklich Kirche ist. Sonst wird er sich überall auswirken können, wie bis anhin.

Die Kirche muß nun selber beweisen, daß sie noch da ist. Wird sie vermögen, sich selbständig zu konstituieren und zu halten, nachdem sie in so skandalöser Weise aufgesplittert ist? Werden die bei den Wahlen auftretenden Richtungen der deutschen Christen (Rehm), der „nationalkirchlichen Bewegung" (Hossenfelder, Oberheid, Sasse), der „Bekenntniskirche" und der lutherischen Landeskirchen Süddeutschlands sich wirklich in einer einheitlichen Kirche vertragen können? Wir zweifeln daran. Die geistliche Leitung des Volkes ist der evangelischen Kirche, obschon diese noch 40 Millionen Deutsche umfassen sollte, gerade durch die Konkurrenz der Staatsgesinnung schon so weit entwunden worden, daß andere Gesichtspunkte als die biblischen immer wieder obenauf schwingen und am Mark der Kirche ständig nagen. Es braucht heute nicht einmal mehr eine Einmischung der Partei in die kirchlichen Wahlen, auch nicht eine Kampagne der politischen Tagespresse, und trotzdem ist es ganz sicher, daß Staat und Partei durch ihre einzelnen Glieder und Führer auf die kirchliche Ordnung Einfluß nehmen. So kann es dazu kommen, daß die Kirche, welcher der Reichskanzler volle Freiheit gewährleistet, nicht mehr eine Kirche Jesu Christi, sondern eine von ganz andern Gesichtspunkten beherrschte Gemeinschaft sein wird. Langsam scheint überhaupt ganz Deutschland in jene Staatsgesinnung hinüber zu wechseln, die wir oben geschildert haben. Die alte Gottlosigkeit, sei sie nun vom germanischen Heidentum oder aus dem modernen nationalistischen Selbstbewußtsein hergeleitet, kämpft eben mit aller Wucht gegen jenen Einen, den das deutsche Volk bei dem großen Phänomen der Christianisierung vor einem Jahrtausend als seinen Herrn und Heiland erkannt hat. Dabei kann es so weit kommen, daß die äußerlich in Erscheinung tretende Kirche gar nicht mehr von der rechten christlichen Substanz erfüllt ist. Die wahre Kirche Jesu Christi muß sich dann vielleicht als angebliche Sekte in Winkel zurückziehen und dort unter Verfolgung sich wieder zu einer Einheit sammeln, aber — dessen können die kulturellen Gewalthaber des Dritten Reiches gewiß sein — untergehen wird sie nicht!

* * *

Nun liegt auch Radek vulgo Sobelsohn, jener Freund und Genosse Lenins, den die Bolschewiken seinerzeit als den Diktator der Schweiz ausersehen hatten, als „ein sich windendes, heuchlerisches, schmutziges Reptil, eine giftige trotzkistische Viper, die hinter einem schmeichlerischen Lächeln ihre Giftzähne verbarg", im Gefängnis Stalins. Das ist das Resultat des zweiten Trotzkistenprozesses, den Stalin gegen Pjatakow, Radek, Sokolnikow und Genossen, insgesamt gegen sechszehn angeklagte Freunde Lenins, hat führen lassen, nachdem bereits im ersten Prozeß vom letzten Sommer Sinowiew und Konsorten von dieser Welt verabschiedet worden sind. Radek kann noch von Glück sagen, denn er ist mit Arnold und Sokolnikow nur auf zehn Jahre Gefängnis gekommen, während andere dreizehn Angeklagte ihre Haltung mit dem Tode büßen mußten. Auch diesmal ging der Prozeß wieder gegen Große des Sowietreiches: Parteisekretäre, den früheren Kommandanten der Moskauer Garnison, Generalstabsoffiziere und Wirtschaftsführer. Die sechszehn Angeklagten sollen ein der Verschwörergruppe Sinowiws und Konsorten „paralleles Trotzkisten-Zentrum" gebildet haben, angeblich deshalb, weil sie dem Zentrum Sinowiews nicht recht trauten. Außerdem wurden ihnen Attentatspläne gegen die obersten Staats- und Parteiführer — d. h. wohl: gegen Stalin — vorgeworfen und ferner Spionage zu Gunsten einiger ausländischer Staaten. Man wollte ihnen auch nachweisen, daß sie Ausländern behilflich waren, die einen Überfall zur Eroberung von Sowietgebiet und zum Sturze der Sowietregierung beabsichtigten. Summa sumarum sei unter der Leitung von Trotzki eine Restauration des Kapitalismus, die Einführung faschistischer Methoden und die Wiederaufrichtung der Bourgeoisie geplant gewesen, zu welchem Ende auch Verhandlungen mit Trotzki und ausländischen Mächten stattgefunden hätten.

Natürlich haben sich die Angeklagten auch diesmal wieder von Anfang an im Sinne der Anklage als schuldig erklärt, und anläßlich ihrer Einvernahme zeigten sie sich bei den vom Staatsanwalt gewünschten Geständnissen über ihre Schädlingsarbeit äußerst bereitwillig. Auch diesmal steht aber der Zuschauer wieder unter dem Eindruck, daß ein großes Justiztheater vor ihm aufgeführt wurde. Die massenhaften Selbstbezichtigungen lassen einem das ganze Procedere als nicht ganz geheuer erscheinen und erinnern wirklich an die Hexenprozesse, bei denen die gequälten Opfer ja auch für alle Aussagen gewonnen werden konnten, die man von ihnen haben wollte. Wenn einer der Angeklagten bescheinigte, daß er während der Untersuchung „mit erdrückender Freundlichkeit" behandelt worden sei, so weist das vielleicht auf ein ähnliches Vorgehen hin. In sachlicher Beziehung ist lange nicht alles glaubwürdig, was behauptet und zugegeben wurde. Trotzki hat natürlich von seinem neuen Wohnsitz in Mexiko aus alle Vorbringen abgestritten; weder mit Deutschland noch mit Japan habe er über die Abtretung von russischen Gebieten verhandelt, noch sei er in Beziehung zu den Angeklagten gestanden. Auch wenn man von seiner Bestreitung absieht, liegt es doch auf der Hand, daß eine Menge von Zugeständnissen einfach nicht wahr sein können. Aber einen Zweck mußte der Prozeß doch haben: er bestand wohl darin, für allerlei wirtschaftliche Übelstände Sündenböcke zu gewinnen und die stalinfeindlichen Bewegungen zu unterdrücken. Mitunter mag es ja schon so gewesen sein, daß sich andere Meinungen als diejenigen der Regierung regten. Aber wahrhaft unvorstellbar ist die Richtigkeit der Behauptung, die verurteilten orthodoxen Kommunisten seien mit dem Kapitalismus und dem Faschismus im Bunde gestanden.

Der Prozeß, dessen schwindelhafte Durchführung und dessen blutiges Ende wir soeben erlebt haben, ist vielleicht ein Zeichen dafür, daß Rußland am Vorabend einer politischen Krise steht. Wie einst der Zar, so steht heute Stalin, einzig von Heer und Partei unterstützt, an der Spitze des mächtigen Reiches und lebt seiner nationalistisch-opportunistischen Politik. In Trotzki aber wirkt die Gegenkraft der orthodox-kommunistischen Lehre, und die Tatsachen im russischen Volks-

geschehen selber drängen auf eine Umstellung im bürgerlichen Sinne hin. So ist eine weitere scharfe Auseinandersetzung zu gewärtigen.

* * *

Nach mehrmonatlichen Bemühungen hat sich nun endlich der Ring zur Isolierung des spanischen Bürgerkrieges gebildet und verdichtet. Rund um Spanien ist jetzt ein Kontrollsystem eingerichtet, zu Lande durch Truppenteile der Franzosen und Portugiesen, zur See durch englische, französische, deutsche und italienische Kriegsschiffe. Sie sollen das am 15. Februar in Kraft getretene Verbot der Anwerbung und Durchreise Freiwilliger überwachen und niemanden nach Spanien hineinlassen, es sei denn, es handle sich um Spanier selbst. Gewiß ist mit dieser Maßnahme ein schöner Schritt nach vorwärts zur Befriedung Europas getan; das teils geduldete, teils geförderte Absenden von Freiwilligen auf den spanischen Kriegsschauplatz, welches noch leicht zu kriegerischen Verwicklungen unter den Mächten hätte führen können, ist nun abgestoppt. Wenn auch die bereits in Spanien kämpfenden Freiwilligen — bei der Volksfront sollen es 40 000, bei Franco 32 000 Ausländer sein — nun im Bürgerkrieg verbleiben werden, so kann doch keine Verschärfung der Lage mehr eintreten. Vielleicht dauert auch der Krieg nicht mehr so lange, wie er bisher gedauert hat. Da keine neuen Kräfte mehr einspringen, so läßt sich eher hoffen, daß sich die Lage allmählich in dieser oder jener Richtung, durch einen Sieg dieser oder jener Partei klärt. Während vor Madrid alle Offensiven der Aufständischen sowohl wie der Volksfront sozusagen ergebnislos verlaufen sind, haben die Nationalisten mit der Einnahme von Malaga vom 8. Februar durch den General Queipo de Llano einen bedeutenden Erfolg zu buchen. Sie sind dadurch wieder einen Schritt näher an Valencia herangekommen.

Bülach, am 23. Februar 1937.

Walter Hildebrandt.

Kultur- und Zeitfragen

Pressefreiheit und ihre Schranken.

Die europäische Lage zwingt uns Schweizer wieder mehr als je unser Augenmerk auf die Äußerungen der Presse zu richten. Die gewährleistete Pressefreiheit verpflichtet jedes herausgebende Organ die Existenz der staatlichen Ordnung zu schützen.

Die Pressefreiheit selbst ist noch nicht sehr alt. Als die Zeitungen, respektive deren Vorläufer bei uns aufkamen, war die Zensur selbstverständlich. Zum ersten Male taucht der Gedanke der Pressefreiheit in der englischen Revolution von 1688 auf. Man erkannte damals den Wert der freien Rede als Ventil zur Verhinderung von Revolutionen. In der Schweiz begann die Presse erst mit der Aufklärungszeit sich mit der Politik zu befassen. Füßli in Zürich und Iselin in Basel waren die führenden Männer.

Die moderne politische Tageszeitung entstand durch die französische Revolution. Österreich verbot die eingeschmuggelten französischen Zeitungen sofort. Die Schweiz war unfähig, sich der Propaganda zu entziehen. Die Helvetik brachte dann auch uns die Pressefreiheit. Wer an die Regierung gelangte, nahm die Opposition sofort wieder unter Zensur. In der Mediationszeit war die Zensur wieder die Regel. In der Restaurationszeit wurden sogar Zeitungen verboten. Erst die Regeneration brachte definitiv die Pressefreiheit als eines der wichtigsten individuellen Freiheits-